

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Pfahvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 209

Donnerstag, den 8. September 1927

101. Jahrgang

Völkerbund und Abrüstungsfrage

Der polnische Entwurf zu einer Friedenskundgebung abgeschwächt

Der polnische Resolutionsantrag Dr. Stresemann
überreicht.

U. Genf, 8. Sept. Der polnische Delegierte Sokal hat gestern mittag Dr. Stresemann offiziell den polnischen Resolutionsantrag überreicht. Kurz darauf suchte der französische Außenminister Briand Dr. Stresemann zu einer kürzeren Besprechung auf.

Einbringung des polnischen Vorschlages durch mehrere
Mächte.

Die juristischen Sachverständigen, Ministerialdirektor Dr. Gaus, Fromageot und Sir Cecil Hurst sind gestern abend um 18 Uhr zusammengetreten, um eine endgültige Redaktion des polnischen Vorschlages vorzunehmen.

Nach den juristischen Besprechungen lag der Antrag in folgender Gestalt vor. In einer kurzen Einleitung wird der Angriffskrieg als Verbrechen bezeichnet und auf die Resolution der vorjährigen Vollversammlung hingewiesen. Sodann fand der Vorschlag in zwei Artikeln nachstehenden Wortlauts seinen Ausdruck:

Artikel 1: Jeder Angriffskrieg, zur Lösung internationaler Konflikte unternommen, ist und bleibt verboten.

Artikel 2: Alle Streitigkeiten internationaler Art müssen durch friedliche Mittel gelöst werden.

Diese beiden Artikel werden zur vertragstechnischen Prüfung der ersten Kommission überwiesen. Man wird versuchen, an Hand der einschlägigen Bestimmungen des Völkerbündnisses, des Status des Haager Schiedsgerichtshofes und der Locarno-Verträge, sowie der bereits vorhandenen Schiedsverträge eine Grundlage für diese völkerbundspolitische Kundgebung zu schaffen.

Wie in den späten Abendstunden verlautet, ist eine neue Änderung der Situation eingetreten. Es besteht die Absicht, den von den Juristen geprüften Text der polnischen Resolution nicht von Polen allein, sondern von mehreren Mächten in der Vollversammlung einzubringen. Welche Mächte den gemeinsamen Text der Vollversammlung vorlegen werden, steht zurzeit noch nicht fest. Diese Mächte werden selbst den von ihnen unterbreiteten Text in längeren Erklärungen begründen.

Im Laufe des Abends hatte Dr. Stresemann eine längere Unterredung mit Chamberlain. Dr. Stresemann wird im Rahmen der Generaldebatte zu dem polnischen Antrag, der allerdings in Zukunft der gemeinsame Antrag mehrerer Mächte sein wird, Stellung nehmen. Falls eine Einigung über den gemeinsamen Text zustande kommt, wird aller Voraussicht nach der holländische Antrag zurückgezogen werden. Der neue gemeinsame Text der Mächte, die, wie man allgemein annimmt, entweder die Locarnomächte oder die Rheinpaktmächte sein werden, muß in der Vollversammlung eine Zweidrittelmehrheit erhalten, um ohne Ueberweisung an eine Kommission angenommen werden zu können.

Die deutsche Delegation zu dem abgeänderten
Entschliessungsentwurf.

Die deutsche Delegation, die gestern abend um 22 Uhr zu einer Besprechung zusammengetreten war, hat den Bericht des Ministerialdirektors Gaus über die Verhandlungen der drei juristischen Sachverständigen entgegengenommen. Die Delegation ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß der vorliegenden Entschliessung, die das Ergebnis der Verhandlungen der juristischen Sachverständigen über den ursprünglichen polnischen Entwurf darstellt, zugestimmt werden kann.

Von Seiten der deutschen Delegation wird darauf hingewiesen, daß der Entschliessung angesichts der gegenwärtigen europäischen Situation, die vielfach Konfliktsstoffe in sich birgt, eine gewisse moralische Bedeutung beizumessen sei. Die Entschliessung bringe den unbedingten Willen zum Frieden, sowie die Bemerkung des Angriffskampfes als Mittel zur Aenderung der politischen Lage zum Ausdruck und lege eine friedliche Regelung der zwischen den Staaten entstehenden Differenzen fest. Gegenüber dem Stillstand und Mißschlag, der in der letzten Zeit in der Abrüstungsfrage eingetreten ist, werde die Entschliessung den Friedenswillen der 47 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes zum Ausdruck bringen. Es wird hierbei darauf aufmerksam gemacht, daß der englische und französische Außenminister öffentlich erklärt hätten, daß die von der deutschen Regie-

rung beim Abschluß des Locarnopaktes abgegebenen Garantien für den Osten und Westen völlig genügend wären und neuer Garantien durch Wiederbelebung des Genfer Protokolls nicht bedürften.

Der Entwurf heute vor der Vollversammlung.

Heute früh werden Verhandlungen darüber stattfinden, von welchen Mächten der Entwurf in der heutigen Vollversammlung des Völkerbundes eingebracht werden soll. Der Entwurf soll dann ohne die sonst übliche Ueberweisung an eine Kommission sogleich zur Beratung gelangen. Man rechnet damit, daß im Laufe von ein oder zwei Tagen die Debatte hierüber abgeschlossen werden wird.

Die gestern abend völlig unerwartet bekannt gewordene Tatsache, daß der Antrag der polnischen Delegation nach Umarbeitung durch das juristische Komitee am heutigen Tage von einer Gruppe von Mächten eingebracht wird, bedeutet gegenwärtig eine völlige Aenderung der Situation. Der jetzt neu hergestellte Text des Resolutionsentwurfes wird von allen beteiligten Delegationen auf das strengste geheim gehalten, doch ist bekannt geworden, daß der Entwurf den Sicherheitsgedanken auf eine breitere und allgemeinere Basis stellt und grundsätzliche allgemeine Friedenssicherungen sämtlicher Mitglieder des Völkerbundes untereinander enthält. Falls diese Resolution von der Vollversammlung angenommen werden sollte, muß in notwendiger Folge das Abrüstungsproblem eine neue Behandlung erfahren. Eine von sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes angenommene Entschliessung über eine neue und allgemeine Sicherung des Friedensgedankens muß unabweislich als erster Schritt zu der nachfolgenden allgemeinen Abrüstung derjenigen Mächte führen, die bisher einer Durchführung der Abrüstung entgegen waren, obwohl durch den Versailler Vertrag die deutsche Abrüstung nur als Einleitung der allgemeinen Abrüstung ausdrücklich erklärt worden ist.

In Berliner politischen Kreisen lehnt man vorläufig eine Stellungnahme zu diesen Genfer Meldungen ab, da sich die einzelnen Mächte zu strengster Verschwiegenheit über die Einzelheiten des polnischen Vorschlages verpflichtet haben. Immerhin verlautet soviel, daß die deutsche Delegation nur einer Formulierung ihre Zustimmung geben könne, die die berechtigten Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes berücksichtigt. Unter allen Umständen wird deutscherseits darauf geachtet werden, daß nicht unter dem Titel neuer Friedenssicherungen der von polnischer Seite immer wieder unternommene Versuch, eine Stabilisierung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Grenzverhältnisse im Osten zu schaffen, verwirklicht werden kann. Deutschland, das der ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Abrüstung aufs genaueste nachgekommen ist, wird andererseits alle Bestrebungen unterstützen, die die völlige Abrüstung der anderen bisher noch waffenstarken Mächte sicherstellt. Auf alle Fälle wird man sich gegenüber den aus französischer und polnischer Quelle stammenden Versuchsbullons äußerste Zurückhaltung auferlegen müssen. Auf die Rheinlandsräumung hat Deutschland auf Grund des Art. 431 des Friedensvertrages ohnehin einen unwiderlegbaren Rechtsanspruch. Eine Verquickung der Frage der Rheinlandsräumung mit den polnischen Wünschen würde in der deutschen Öffentlichkeit nicht verstanden werden.

Die Berliner Reise des Reichsaussenministers

Noch keine Entscheidung.

U. Genf, 8. Sept. Ueber die für Freitag früh vorgesehene Reise Dr. Stresemanns nach Berlin ist bisher noch keine Entscheidung gefallen. Die endgültigen Dispositionen werden von der Aussprache über die polnisch-holländischen Anträge in der Vollversammlung des Völkerbundes abhängen, doch rechnet man allgemein mit der Möglichkeit, daß die Reise des Reichsaussenministers entweder gänzlich aufgehoben oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden wird.

Wie verlautet, wird die Kabinettsitzung auch für den Fall, daß Dr. Stresemann an ihr nicht teilnehmen kann, stattfinden.

Tages-Spiegel

Der polnische Paktvorschlag wird nach erfolgter Abänderung durch das juristische Komitee des Völkerbundes in der heutigen Vollversammlung behandelt und voraussichtlich angenommen werden.

Der polnische Antrag bedeutet in seiner abgeänderten Gestalt nur noch eine Kundgebung des Völkerbundes gegen den Krieg.

Die mittleren und kleineren Völkerbundsstaaten sind über die Behandlung des holländischen Abrüstungsantrages mißgestimmt.

In den gestrigen Sitzungen der Völkerbundsversammlung forderten die Vertreter Letlands und Schwedens eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen.

In der deutsch-belgischen Frage der Franktireuruntersuchung wird Briand als Vermittler fungieren.

Die für Samstag vorgesehene Sitzung des Reichskabinetts wird auch ohne die Anwesenheit Dr. Stresemanns stattfinden.

Reichspräsident v. Hindenburg hat gestern die Heimreise von Dietramszell nach Berlin angetreten.

Deutsch-belgische Aussprache

Die deutsch-belgischen Enquete-Verhandlungen.

U. Berlin, 8. Sept. In zuständiger Stelle wird erneut darauf hingewiesen, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen über die Frage der Franktireur-Enquete in Genf immer noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Besprechungen hierüber sind eingeleitet. Eine Entscheidung in der Angelegenheit steht jedoch noch aus. Wie hierzu versichert wird, ist die Initiative zu diesen Verhandlungen nach dem bekannten ablehnenden Beschluß des belgischen Kabinetts in Genf von belgischer Seite ausgegangen.

Belgien scheint danach also Wert darauf zu legen, Deutschland zu einer Zustimmung zur Vertagung der Enquete zu veranlassen.

Der englische Gewerkschaftskongreß

Der Generalkongreß der englischen Gewerkschaften fordert
Abbruch der Beziehungen zu den sowjetrussischen Gewerkschaften.

U. London, 8. Sept. Der Generalkongreß der englischen Gewerkschaften hat gestern dem Gewerkschaftskongreß in Edinburgh den Vorschlag unterbreitet, die Beziehungen zu den sowjetrussischen Gewerkschaften abzubrechen.

Der Vorschlag des Generalrates, der in der heutigen Vollversammlung erörtert werden wird, muß als das Ergebnis der von Moskau seit langem versuchten Beeinflussung der britischen Arbeiterführer gewertet werden. Der Generalkongreß hat im Kongreß gleichzeitig Mitteilung von einem Telegramm des allrussischen Gewerkschaftsrates gemacht, das an den englischen Gewerkschaftskongreß gerichtet ist und in dem die englischen Gewerkschaften und Arbeiterführer des Rates beschuldigt werden. Der Generalkongreß stellt fest, daß keine Anzeichen dafür vorhanden seien, daß der allrussische Gewerkschaftsrat die Bedingungen annehmen wolle, die notwendig seien, wenn das gemeinsame englisch-russische Beratungskomitee weiter arbeiten solle. Der allrussische Gewerkschaftsrat ist von der Entscheidung des Generalrates in Kenntnis gesetzt worden.

Neue Opfer des Ozeans

Der amerikanische Flug Newyork-Rom mißglückt.

U. Newyork, 8. Sept. Der Dampfer „Transsylvania“ hat auf SDE-Rufe des „Old Glory“ seinen Kurs geändert, um dem Flugzeug zu Hilfe zu eilen. „Old Glory“ befindet sich nach Schätzung des Dampfers auf Grund der SDE-Rufe 52 Meilen von der „Transsylvania“ entfernt, 49,50 Grad nördlicher Breite und 41,14 Grad westlicher Länge.

Nach den letzten Fundmeldungen der auf der Suche nach „Old Glory“ befindlichen Schiffe war bis 20 Uhr mittlereuropäischer Zeit keine Spur von dem Flugzeug zu entdecken. Es gilt als verloren.

Wie aus Newyork berichtet wird, befand sich an Bord der zum Flug nach Rom gestarteten „Old Glory“ neben den Piloten Verlaud und Hill der Chefredakteur einer Hearst-Zeitung.

Eine programmatische Entschliebung des Katholikentages

U. Dortmund, 7. Sept. In der 3. geschlossenen Hauptversammlung des Katholikentages wurde als Ergebnis der Verhandlungen des Katholikentages eine längere programmatische Entschliebung angenommen, in der die Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird, daß drückender als die materielle die geistige Not auf unserem Volk laste. Im einzelnen bekennt sich die Entschliebung bezüglich des Verhältnisses von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu den Richtlinien des Kardinalerzbischofs von Köln. Sie wendet sich ferner gegen die Vergnügungssucht und fordert Maßnahmen in der Ausdehnung von Feten und Festen. Die Entschliebung beklagt die Tatsache, daß auch in katholischen Kreisen vielfach eine Erschütterung der kirchlichen Grundsätze über Ehe und Familie eingetreten sei. Alle Katholiken werden ermahnt, für die Erhaltung und Festigung der reinen, glaubens-treuen und in christlicher Liebe verbundenen Familie Sorge zu tragen. In diesem Zusammenhang wird besonders die Notwendigkeit einer gründlichen Reform des Wohnungs-wesens betont. Schließlich werden alle Katholiken zur Bekämpfung und Pflege der Caritasbewegung aufgefordert.

Deutsch-litauische Verhandlungen in Genf

U. Genf, 8. Sept. Bei den Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und WoldeMARAS ist vereinbart worden, daß nunmehr von beiden Seiten zunächst eine Aufklärung derjenigen Fragen ausgearbeitet wird, die der Klärung bedürfen. Die Zahl der von deutscher Seite vorzubringenden Klagen gegen die Haltung der litauischen Regierung im Memelgebiet ist außerordentlich groß. Trotz der offiziell im Völkerbundsrat auf der Junitagung übernommenen Verpflichtungen ist die litauische Regierung nach wie vor zu völlig ungesetzmäßigen Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung im Memelgebiet geschritten. In den bevorstehenden Verhandlungen mit der litauischen Regierung wird auch die Frage der deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen zur Erörterung gelangen.

Memelländischer Protest beim Völkerbund.

U. Königsberg, 7. Sept. Wie die Telegraphenunion erfährt, beabsichtigt man memelländischerseits, gegen die Verletzung des Autonomiestatuts, die in der Ausweisung der drei deutschen Redakteure Leuner, Warm und Brieskorn zu sehen ist, Beschwerde beim Völkerbund zu erheben, und zwar noch auf der gegenwärtigen Genfer Tagung.

Wie verlautet, hat das von den Großlitauern eingesezte Landesdirektorium nichts unternommen, um die von der Zentralregierung zu Unrecht vorgenommenen Ausweisungen zu verhindern, obwohl nach Artikel 5 Abs. 7 des Memelstatuts ausdrücklich die Regierung des Memelgebietes für die Erteilung auf Aufenthaltsgenehmigung zuständig ist. **Englische Mißbilligung der litauischen Politik im Memelgebiet.**

U. Kowno, 7. Sept. Wie verlautet, hat der britische Gesandte für das Baltikum die litauische Regierung auf die Folgen der litauischen Politik im Memelgebiet aufmerksam gemacht und betont, daß diese Politik nicht die Unterstützung der öffentlichen Meinung beanspruchen könne.

Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten in Genf. Die Außenminister der vier baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und Finnland sind in Genf zu einer ersten Aussprache zusammengetreten, an die sich weitere Unterredungen anknüpfen sollen.

Die Sabotage des Genfer Schulkompromisses

U. Rattowik, 7. Sept. Auf Grund des zwischen Dr. Stresemann und Zaleski vereinbarten Genfer Schulkompromisses sollten nach einer Verordnung des Wojewoden vom 20. Mai die Kinder, deren Anträge von der Wojewodschaft für die Aufnahme in einer Minderheitsschule für ungültig erklärt worden sind, in der Zeit vom 1. bis 3. September den deutschen Schulen zugeführt werden. In einzelnen Gemeinden ist diese Verordnung überhaupt nicht beachtet worden. Die Schulleiter versuchten diese Verordnung zu sabotieren oder erklärten, von der Verordnung nichts zu wissen. Der Wojewode ist wegen Nichtbeachtung dieser Verordnung von dem deutschen Sejmabgeordneten Franz und dem Leiter des Schulwesens beim Deutschen Volksbund, Schulrat Dufek, interpelliert worden. Der Wojewode sagte die sofortige Untersuchung und die Abstellung der Mängel zu. Gleichzeitig wurde der Wojewode wegen der Nichteröffnung der deutschen Minderheitsschule in Kojszentin und Czernitz interpelliert. Die Interpellanten brachten ihre Beschwerde auch beim Leiter der Schulabteilung der Wojewodschaft vor.

Balkanfragen in Genf

Der jugoslawische Außenminister bei Briand und Chamberlain.

U. Genf, 7. Sept. Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch hatte längere Unterredungen mit Briand und Chamberlain. Die Unterredungen behandelten die aktuellen Fragen der Balkanpolitik.

Bulgarisch-jugoslawische Annäherung in Genf.

Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch und der bulgarische Außenminister Buroff haben ein erstes Zusammenreffen gehabt, bei dem weitere Zusammenkünfte vereinbart worden sind. In den kommenden Unterredungen zwischen den beiden Außenministern sollen die Grundzüge sowie auch der Zeitpunkt für die Aufnahme der bulgarisch-jugoslawischen Handelsvertragsverhandlungen festgelegt werden. Die Unterredungen werden aller Voraus-

sicht nach in absehbarer Zeit in Belgrad aufgenommen werden, jedoch dürfte die Entscheidung hierüber erst in den bevorstehenden Besprechungen der beiden Außenminister Bulgariens und Jugoslawiens fallen.

Ein griechisch-italienischer Garantiepakt?

In Genf hat eine Zusammenkunft zwischen dem griechischen Außenminister Michalakopoulos und dem ersten italienischen Delegierten Scialoja stattgefunden. Aus gut informierten Balkankreisen erfährt die Tel.-Union, daß in dieser Unterredung von griechischer Seite der Gedanke eines italienisch-griechischen Garantiepakts angeregt worden sei. Griechenland wünscht den Abschluß eines Vertrages mit Italien, der Griechenland seinen gegenwärtigen territorialen Status quo einschließlich Saloniki gewährt. Da die Frage der Inselgruppe Dodekanes durch ein Abkommen zwischen Griechenland und Italien bereits geregelt ist, nimmt man an, daß von italienischer Seite die griechische Anregung mit Wohlwollen geprüft werden wird.

Zusammentritt des Genfer juristischen Komitees

U. Genf, 7. Sept. Das vom Völkerbund eingesezte juristische Komitee zur Prüfung des Antrages des Danziger Senats auf Verlegung des Munitionslagers auf der Westernplatte nach Gdingen ist unter dem Vorsitz des französischen Juristen Fromageot zusammengetreten. Die deutsche Delegation hat Ministerialdirektor Dr. Gaus in die Kommission entsandt. Von den 14 Ratsmitgliedern haben nur 10 Mitglieder Vertreter in die Kommission entsandt. Ferner ist das Finanzkomitee des Völkerbundes zusammengetreten, um die Angelegenheit der Danziger kommunalen Anleihe zu prüfen.

Feuergescheh mit einem Verbrecher

U. Berlin, 7. Sept. Vorgestern abend kam es in dem Dörfchen Niedermöllers bei Kassel zu einem blutigen Feuergescheh zwischen dem als sehr gewalttätig bekannten Landwirt Klaus und der Polizei, bzw. Landjägern, die auf Hilferufe aus dem Hause des Klaus herbeigeeilt waren. Klaus bedrohte seine Großmutter mit einem Gewehrkolben und demolierte in einem Wutausbruch die ganze Wohnungseinrichtung. Als ein Oberlandjäger in Begleitung zweier Kollegen sich dem Hause näherte, wurde er von dem Landwirt mit einem Karabiner erschossen. Die Kollegen des Erschossenen riefen, da Klaus auch sie beschuß, die Kasseler Kriminalpolizei zu Hilfe. Als diese eintraf, hatte Klaus sich in seiner Wohnung verbarrikadiert und gab auf die herankommenden Beamten eine Salve von Schüssen ab. Nach einstündiger Belagerung ließ man das Panzerauto des Ueberfallkommandos der Kasseler Schutzpolizei kommen, das mit einem Maschinengewehr die in eine Festung umgewandelte Wohnung des Klaus beschuß und Rauchbomben in die Fenster schleuderte. Schließlich drang die Schutzpolizei in das Haus ein, wo sich Klaus im Keller eingeschlossen und verbarrikadiert hatte. Eine in den Keller geworfene Handgranate zerfetzte den Klaus bis zur Unkenntlichkeit, aber auch 5 Schutzpolizisten, darunter ein Hauptmann, wurden zum Teil sehr schwer verletzt.

Aus aller Welt

Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Hamm.

Ein aus Münster kommender Personenzug fuhr auf dem Bahnhof Hamm in eine Kolonne Streckenarbeiter hinein, die bei den Reparaturarbeiten an einer Gleisstoppsmaschine das Herannahen des Zuges überhört hatten. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei andere wurden schwer verletzt.

500 Todesopfer in Ostgalizien.

Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde das ostgalizische Hochwassergebiet von schweren Wirbelstürmen heimgesucht. 96 Häuser wurden zerstört, 18 Personen getötet. Die Zahl der Toten, die Hochwasser und Wirbelstürme gefordert haben, ist jetzt auf 500 gestiegen.

Explosionsunglück auf einem Schützenfest.

Auf dem Schützenfest in Bernburg explodierte das Zelt eines Schnellphotographen. 17 Personen erlitten derartige Verbrennungen und Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Das Unglück ist wahrscheinlich durch Explosion des zum Trocknen verwandten Spiritus entstanden.

Erörterungsabend des Bezirks-Handels- und Gewerbevereins Calw

Auf Dienstagabend hatte der Bezirks-Handels- und Gewerbeverein zu einem Erörterungsabend über die Gemeindesteuermulage eingeladen. Eine stattliche Zahl Gewerbetreibender, unter ihnen auch einige Mitglieder des Gemeinderats, sowie der Stadtvorstand hatten sich im Glasalon des „Bad. Hof“ eingefunden, um zu der besorgnis-erregenden Steigerung der Gemeindesteuern Stellung zu nehmen. Die Versammlung, welche anfangs geneigt schien, der Stadtverwaltung die Schuld an den mißlichen Finanzverhältnissen aufzubürden, gestaltete sich bald zu einer starken Kundgebung gegen den Finanzausgleich und die Steuerpolitik des Staates. Schlägt diese nicht bald einen anderen Kurs ein, so gehen entweder die Gemeinden oder die Steuerzahler zugrunde. Den bitteren Ernst der Situation hat erst kürzlich der Vizepräsident des Deutschen Städtetages Dr. Elßaß in Augsburg treffend gekennzeichnet, indem er u. a. erklärte: Der Finanzausgleich hat die Finanzbasis der Gemeinden dauernd eingeengt. Die Weiterführung der gemeindlichen Finanzwirtschaft ist bei weiterer Einengung aufs schwerste bedroht! Die Versammlung nahm einen oft

erregten, dem Ernst der Lage entsprechenden Verlauf. Flaschnermeister H. Essig eröffnete als Vorsitzender der Vereins nach kurzen Begrüßungsworten und nach Hervorheben der schweren Lasten, welche die Gemeindefinanz für den Gewerbetreibenden bringe, sogleich die allgemeine Aussprache. Von der letzteren wurde recht reger Gebrauch gemacht, sie nahm zuweilen erbitterte Formen an und ergab ein Bild von der durch den wachsenden Steuerdruck hart bedrängten Lage der Handwerker und Gewerbetreibenden. Rfm. Käufler nahm in sehr eingehender Weise zu der Finanzpolitik von Stadtgemeinde und Amtskörperschaft Stellung und ging ferner auf die städtische Bodenpolitik, die Erweiterung des Elektrizitätswerks, den städtischen Wohnhausbau im Kapellenberg, den Neubau der Polizeiwache, die Ausbesserungsarbeiten am neuen Schulhaus, die Schul- und Soziallasten wie den Aufwand für Beamtengehälter ein. Der Redner betonte die Härte, welche darin liege, daß ungeachtet des Geschäftsganges die Gemeindesteuern stets weiter bezahlt werden müßten und sprach sich für eine in jeder Beziehung sparsame, aber weitblickende Gemeindepolitik aus. Rfm. Vincow forderte, daß die Stadtverwaltung mit dem Beispiel eines guten Haushaltes der Bürgererschaft vorangehe und unnütze Ausgaben vermeide. Das Gewerbe sei nicht mehr in der Lage, noch höhere Steuern zu bezahlen. Schreinermeister Braun erhob Einspruch gegen die ungerechte Verteilung der Gemeindesteuern, die allein von den Gewerbetreibenden und Gebäudeeigentümern aufzubringen seien, während die Gehaltsempfänger unbelastet blieben. Uhrmachermeister Hahn wies darauf hin, daß die größte Erbitterung durch die ständigen Steuernachforderungen hervorgerufen werde. Sämtliche Redner bedauerten, daß man die Versammlung nur innerhalb des Vereins einberufen und dieselbe nicht in breiter Öffentlichkeit abgehalten habe. Auf die vorgetragenen Wünsche und Klagen antwortete nunmehr Stadtschultheiß Göhner in sehr offener u. ausführlicher Weise und wies überzeugend die Angriffe der Voredner gegen die Stadtverwaltung als unbegründet zurück, vielfach stellte es sich hierbei auch, z. B. bei den Steuernachforderungen, heraus, daß die Stadtverwaltung auf die bemängelten Einrichtungen gänzlich einflußlos ist, da diese von Gesetzes wegen festgesetzt sind. Die mannigfachen Bindungen, denen die Stadtverwaltung durch den Gesetzgeber unterworfen ist, zeigten sich dann sehr deutlich bei den Ausführungen des Stadtvorstandes über den Gemeindevorausschlag 1927, der trotz sparsamer Aufstellung die Tatsache erbringt, daß die Umlage von 21 Prozent mit zwingender Notwendigkeit angelegt werden mußte. Wenn die Stadtgemeinde nichts aus dem Ausgleichsstock erhält, erwächst ihr eine neue Schuldenlast von 100 000 M. Warum die gegenüber der Vorkriegszeit stark angewachsenen Einnahmen der Stadt nicht zur Deckung der Ausgaben reichen, begründete Stadtschultheiß Göhner einmal mit der eingetretenen Entwertung des Geldes (zirka 50 Prozent), zum andern mit der Tatsache, daß die Gemeinden weitans die meisten Lasten von Krieg und Inflation zu tragen haben. In erster Linie sind die allgemeine Verarmung und Erwerbslosigkeit sehr fühlbare Lasten für die Stadtgemeinde, welche vor allem in der 37proz. Amtskörperschaftsumlage (110 000 M.) enthalten sind. Der Armenaufwand der Stadt ist von 3000 M. im Jahre 1913 auf 26 000 M. im Jahre 1927 angewachsen. Bedeutend gestiegen sind in gleicher Zeit weiterhin die Schul-lasten von 14 000 M. auf 46 000 M. Dies kommt hauptsächlich daher, daß — obgleich zwei Fünftel auswärtige Schüler sind — die höheren Schulen heute grundsätzlich Gemeindeangehörige sind. Der Staat zahlt lediglich 40 Prozent an den Lehrergehältern. Es ist zu wünschen, daß hier bald Wandel geschaffen wird, und der Staat, wie bei den Volksschulen, die Gemeinden nach ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten heranzieht. Außerordentliche Ausgaben erforderte die Förderung des Wohnungsbaus zur Behebung der Wohnungsnot. Was hier von der Stadtverwaltung geschehen ist, war notwendig und auch der Bau des städtischen Wohnhauses im Kapellenberg, der als Schlupfstein der städt. Wohnungsbauförderung anzusehen ist, entsprang einem Bedürfnis. Der Bau wurde (verteuert durch den Einbau einer vorchristmässigen Kläranlage) um 60 000 M. erhöht; der Vorausanschlag ist also um 1000—1500 M. überschritten. Der Umbau in der Stanne erfordert ca. 1500 M. Der beim Zinsendienst anfallende Abmangel beträgt 1280 M. und entspricht den üblichen Wohnungsbauzuschüssen, so daß also von besonderen Leistungen der Stadtgemeinde nicht gesprochen werden kann. Auch was die Ausgaben für Straßen anbetrifft, hat die Stadtverwaltung äußerste Sparsamkeit geübt und sich gegen die Erhöhung des Sahes von 30 auf 50 000 M. bei der Uebernahme der Straßenbauverwaltung auf die Amtskörperschaft mit Erfolg gewehrt. Mit Ausschluß der Zinsen für den Schulhausneubau errechnete der Stadtvorstand die Schulden der Stadtgemeinde auf rund 480 000 M., wobei an Aktiven noch ausstehende Baudarlehen, Kaufpreise und Aufwertungsfordernungen vorhanden sind. Berücksichtigt man demgemäß den Vorkriegsschuldenstand der Stadtgemeinde mit 512 000 M., so darf die heutige Vermögenslage der Stadt als gut bezeichnet werden; nicht zu vergessen ist hierbei aber, daß der Vermögensstand der Stadt mit der Finanzlage nichts zu tun hat. Die Schuldenaufnahmen durch die Stadtverwaltung erfolgten mit großer Vorsicht, und ist der reine Zinsendienst mit 23 228 M. als klein zu bezeichnen. Ebenso vorfichtig verfuhr man in der städt. Bodenpolitik; die in letzter Zeit erworbenen Grundstücke wurden nicht zu teuer erworben. Als bedauerlich bezeichnete es Stadtschultheiß Göhner, daß infolge der schlechten Finanzlage auf diesem Gebiete nicht weitestgehend gearbeitet werden kann. Die Stadtverwaltung hat die rechte Zeit genutzt und Notwendiges (von Verschwendung kann keine Rede sein) getan, was heute nicht mehr durchführbar ist. Die Einwohnerschaft muß heute, den Willen der

Stadtverwaltung zu sparen, unterstützen und ihre Ansprüche einschränken. Die Verwaltung der allgemeinen Gelder wird mit Vorsicht durchgeführt, und es ist das Bestreben eines jeden einzelnen Gemeinderats, zu sparen und für die Stadt das Beste zu tun. Im neuen Voranschlag läßt sich nichts mehr streichen. Die Stadtverwaltung trägt keine Schuld an der hohen Steuerumlage, sie ist an die Verordnungen aus Berlin und Stuttgart gebunden und die Festsetzung der Kataster erfolgt durch das Finanzamt. Die Schuld an dem heutigen Zustand tragen allein die Verhältnisse in Reichs- und Finanzordnung. Der springende Punkt liegt darin, daß das Land Württemberg die Anteile der Gemeinden an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer erhöht (Württemberg gibt nur ein Drittel seines Reichsanteils an Gemeinden und Ausgleichsstock, während der Staat zwei Drittel für sich verwendet), andernfalls können die Gemeindeumlagen nicht mehr bezahlt werden. Aus zwingender Notwendigkeit, nicht etwa aus parteipolitischen Gesichtspunkten heraus, hat die Stadtverwaltung deshalb bei Regierung und Landtag in diesem Sinne Einspruch erhoben. Der Stadtvorstand behandelte in seinen Ausführungen eingehend die Einnahmen wie, auf Antrag von Buchdruckereibesitzer Adolff, auch die sparsam eingesetzten Ausgaben im Hauptvoranschlag 1927 und ging hierbei auch auf Anfragen über kleinere bauliche Hochbauarbeiten und Reparaturen der Stadtverwaltung ein. Von Interesse war die Ausführung der Umlageföhe einiger Gemeinden aus unserem Bezirk: Agerbach 27 Proz., Alzenberg (Gesamtgemeinde) 39 Proz., Bergorte 30 Proz., Dachtel 18 Proz., Bad Liebenzell 20 Proz., Neuhengstett 31 Prozent, Oberfollbach 26 Proz., Bad Teinach 27 Proz., Zavelstein 30 Proz., Emberg 26 Proz., Monakam 23 Proz., Müttlingen 19 Proz., Hoffstett 25 Proz., Oberreichenbach 22 Proz., Ottenbroun 25 Proz., Schmiech 25 Proz., Unterreichenbach 18 Proz., Unterhaugstett 22 Prozent. Aus dem staatlichen Ausgleichsstock erhalten die bedachten Gemeinden im Bezirk Calw ca. 40 000 RM (Bad Liebenzell 7000 RM, Hiriau 4800 Reichsmark, Emberg 4500 RM, Agerbach 2400 RM, Zavelstein 1500 RM usw.). Man sieht also auch hier, trotzdem die ländlichen Gemeinden beim Finanzausgleich verhältnismäßig besser bedacht sind, außerordentlich hohe Belastungen. Die Kataster für 1927 lassen sich, wie der Stadtvorstand ausführte, nicht vorantreiben, bestimmend ist hier in erster Linie der Geschäftsgang unserer Industrie. Der weitere Gang der Versammlung war sodann wieder der freien Aussprache vorbehalten. Es nahmen Stellung zur elektrischen Strompreiserhöhung Flaschnermeister Essig, zur Einführung eines Staffeltarifs beim Gaswerk Kfm. Käu chle, zu den Grunderwerbungen der Stadt Gärtnermeister Mast, zu einer evtl. Aufstellung von Eisenbahnwagen als Notwohnungen Schreinermeister Braun, zur Wasserleitung nach Bad Liebenzell und zur Möglichkeit einer Verteilung von Lasten auf mehrere Etatsjahre Buchdruckereibesitzer Adolff, zur Einsparung einer weiteren Polizeiwachmeisterstelle Metzgermeister A. Ziegler, Kfm. Vincou forderte rationale Arbeitsmethoden in Verwaltung und technischen Betrieben und rief zum geschlossenen Protest gegen den Finanzausgleich auf. Buchdruckereibesitzer Adolff anerkannte die sparsame Aufstellung des Voranschlags 1927 und empfahl der Versammlung, die Eingabe des Gemeinderats durch eine Entschließung zu unterstützen. Eine noch höhere Belastung des Gewerbes sei nicht mehr tragbar, der Staat müsse den Gemeinden entgegenkommen, andernfalls werde eine immer tiefere Verschuldung um sich greifen. Kfm. Käu chle wies darauf hin, daß die Schuld für die heutigen Verhältnisse nicht allein die württ., sondern die Reichsregierung treffe. Nach der Aufforderung von Vorsitzendem Buchdruckereibesitzer G. Essig zu festem Zusammenschluß aller Gewerbetreibenden innerhalb des Vereins und einer für den Altneuestand vorgenommenen Sammlung konnte Vorstand G. Essig die Versammlung nach vierstündiger Dauer schließen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 8. September 1927
Unfall.

In Gehlingen brach die 74jährige ledige Magd A. C. B. in Folge Ausgleitens auf der Straße einen Fuß; die Verletzte mußte mit dem Verkehrsauto ins Bezirkskrankenhaus gebracht werden. Der alleinstehenden Frau wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Von der Auto-Linie Calw-Herrenberg.

In einer am Montag in Calw stattgefundenen Verwaltungsratsitzung der Linie Herrenberg-Calw mußte die Unrentabilität der Linie bei dem Befahren mit 2 Wagen festgestellt werden. Geldknappheit, schlechter Fremdenverkehr, starker Rückgang des Arbeiterverkehrs u. a. sind die Gründe der schlechten Frequenzierung der Linie gewesen, sodaß man beschloß, von nun ab den Verkehr mit nur noch einem Wagen aufrechtzuerhalten, der 4 Tagesfahrten ausführt. Sehr bedauerlich wird in diesem Zusammenhang, daß der seinerzeit bei Einführung der Linie von Forzheim in Aussicht gestellte Wirtschafts-, Geschäfts- und Touristenverkehr (Forzheim-Calw-Herrenberg-Tübingen) nicht in dem gewünschten und erwarteten Maße Platz gegriffen hat. Vom Geflügel- und Kaninchenzüchterverein Bad Liebenzell. Der Geflügel- und Kaninchenzüchterverein Bad Liebenzell hielt am 27. Juli seine Generalversammlung bei Zuchtkollege Prommer zur „Burg“ ab. Nach Begrüßungsworten des Vorstands wurde der Jahresbericht verlesen; es war daraus zu ersehen, daß sich die Mitglieder des Vereins an 5 großen Ausstellungen im Winterhalbjahr beteiligt haben und mit Ehren und 1. Preisen sehr gut abgeschnitten haben. Es zeigte sich hierbei, daß der Verein über sehr gute Tiere verfügt. Besonders erregten die Russischen Orloff-Hühner

großes Aufsehen, dieselben sind in unserer Gegend noch ganz unbekannt und nachweisbar ausgezeichnete Leget. Sehr bedauerlich ist es, daß die Mitgliederzahl des Vereins immer mehr abnimmt; die Mitgliederzahl, die im April 1923 180 betrug, ist auf 40 gesunken. Bedauerlicherweise fehlt es einmal an Dankbarkeit gegenüber der Vereinsleitung, die in Notzeiten, als nirgends Futter aufzutreiben war, solches oft unter großen persönlichen Opfern und Beschwerlichkeiten herbeigeschafft hat. Zum andern ist eben scheinbar kein Zuchtinteresse da. Wie notwendig das aber wäre, zeigt sich am besten bei einer Betrachtung unserer Eiereinfuhr. Könnten wir uns doch vom Ausland frei machen, wenn jeder Geflügelzüchter so füttern wollte, daß er von jeder Henne nur 5 Eier im Jahr mehr bekommen würde. Millionen könnten so dem Vaterland erhalten bleiben. Nicht anders steht es mit der Kaninchenzucht, werden doch jährlich mehr wie 6 Millionen Kaninchenfelle eingeführt, nehmen wir an, das Stück kostet mindestens 1 A., so sind das über 6 Millionen Mark, die uns verloren gehen. Die Versammlung bestimmte nunmehr, daß der Verein stärker an die Öffentlichkeit treten und für seine Ziele werben solle. Zum Schriftführer wurde Hauptlehrer Haug neuernannt. Ferner wurde beschlossen, Mitte November dieses Jahres eine große allgemeine Geflügel- und Kaninchenausstellung in Bad Liebenzell abzuhalten. Zu Preisrichtern wurden bestimmt für Kaninchen Herr Arbeit von Grödingen, für das Geflügel Herr Grödingen von Stuttgart. Wertvolle Geld- und Ehrenpreise stehen zur Verfügung. Da eine solche Veranstaltung mit hohen Unkosten verknüpft ist und die Ausstellung ja einen gemeinnützigen Zweck verfolgt, wurde beschlossen, die Stadtverwaltung um einen Zuschuß zu dieser Ausstellung zu bitten. Ebenso soll die Landwirtschaftskammer um Bewilligung freier Rückfracht angegangen werden. Die Ausstellung findet in der neu eingelaßten Gartenhalle des Gasthofs zum „Waldhorn“ statt.

Veranstaltung zur Pflege des Obstbaus in Simmozheim. Auf Veranlassung des landw. Ortsvereins hielt, wie bereits kurz berichtet, Obstbauinspektor Hiller von der Landwirtschaftskammer am Sonntag einen Rundgang durch das Baumfeld der Markung Simmozheim und daran anschließend einen Vortrag über allgemeine Obstbaupflege. Sehr interessant war der Rundgang durch die verschiedenen Baumanlagen, wobei Obstbauinspektor Hiller auf verschiedene Merkmale der einzelnen Sorten in Bezug auf die Widerstandsfähigkeiten in der Blüte sowohl auch auf die der Gesundheit des Blattwerks und seiner wichtigen Tätigkeit hinwies und betonte, wie wichtig die Schädlingsbekämpfung sei, um gesunde und ertragreiche Obstbäume zu erhalten. Die Nachmittagsversammlung war leider durch anderweltige Veranstaltungen nicht so stark besucht, wie dies das Thema des Vortrages verdient hätte. Der Obmann des landw. Ortsvereins, Fr. Käu chle, eröffnete die Versammlung und begrüßte Obstbauinspektor Hiller, Schultheiß Fischer und Oberamtsbaumwart Widmann, welche letzterer in Vertretung des Bezirksobstbauvereins Calw an der Veranstaltung teilnahm. Der Vortragende betonte zunächst die Wichtigkeit der Steigerung unserer Obsterträge im Verhältnis zum inländischen Bedarf. Die Zahlen der jährlichen Obsterträge aus dem Auslande bezeugen nur allzu deutlich die Berechtigung der Forderung. Allein im verlaufenen Jahre sind über 450 Mill. Mark für Obst, Gemüse und Südsrüchte, nach Deutschland eingeführt worden. Eine Steigerung unserer Erträge ist möglich einmal durch Neupflanzungen größerer Baumanlagen, vor allen Dingen aber durch eine gesunde und sachgemäße Baumpflege, Düngung und gezielte Sortenwahl. Zur sachgemäßen Baumpflege aber gehören auch eine wirkungsvolle Schädlingsbekämpfung, um einen gesunden und ertragreichen Baumbestand zu erhalten. Nach dem Vortrag, der vollen Beifall fand, forderte Oberamtsbaumwart Widmann die Anwesenden zum Beitritt in den Bez.-Obstbauverein auf. Der Vorsitzende dankte zum Schluß im Namen der Anwesenden und forderte zu entsprechenden Taten auf dem Gebiete des Obstbaues auf.

Wetter für Freitag und Samstag.

Die vom Atlantischen Ozean vordringende Depression liegt mit ihrem Kern über England. Seine Ausläufer stoßen bis weit nach Mitteleuropa vor. Für Freitag und Samstag ist wechselnd bewölkt und zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

*

Langenbrand, 8. Sept. Gestern nachmittag schlug der Blitz in die elektrische Leitung im Hause des Landwirts Christian Eberhardt und zündete. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit, so daß das Wohnhaus und die gefüllte Scheuer in kurzer Zeit vernichtet wurden. Es konnte nur wenig geborgen werden. Der Schaden ist verheerend.

Enzklösterle, 7. Sept. Am Montag abend fuhr der 32 Jahre alte Adam Finckler mit seinem Langholzfuhrwerk die Steingrunderstraße hinunter und wollte währenddem vermutlich den Spannungsbügel zuziehen, rutschte jedoch aus und kam mit beiden Beinen unter das Hinterrad. Der Schwerverunglückte wurde noch am gleichen Abend in das Nagolder Krankenhaus verbracht, wo er jedoch nach vollzogener Operation an der schweren Verwundung in der Nacht starb. Der Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu, besonders da erst im Februar dieses Jahres seine Frau gestorben ist.

St. Neuningen, DN. Leonberg, 7. Sept. Der 43jährige Bäcker Wilhelm Stoll von hier wurde dieser Tage von einer Insekten gestochen. Er schenkte dem Stich wohl keine Beachtung, sodaß Blutvergiftung eintrat. Troßdem die sofortige Uebersührung nach Stuttgart zur Operation ver-

anlaßt wurde, ist der im schönsten Alter stehende Mann am Montag gestorben.

St. Stuttgart, 7. Sept. In der Stromversorgung der Stadt kam es am Dienstag abend nach 8 Uhr durch eine Spannungsenkung im Werk Münster zu einer störenden Stromunterbrechung. Das elektrische Licht war nahe am Erlöschen und die Straßenbahnen fuhren nicht mehr. Der Stadtgarten, in dem gerade ein großes Militärkonzert zugunsten der Hindenburgspende war, lag plötzlich in tiefster Dunkel gehüllt. Nach einer halben Stunde war die Störung wieder vollständig behoben.

St. Stuttgart, 7. Sept. Der Württ. Lehrerverein erhebt in einer öffentlichen Erklärung Einspruch gegen den dritten Reichsschulgesehtwurf und lehnt ihn mit Entschiedenheit ab, weil er die Schulorganisation verschlechtert, die Kosten für die Schule unnötig vermehrt, die Leistungen der Schule herabsetzt und so jeden Schulfortschritt verbietet. Ein Reichsschulgesetz nach diesem Entwurf würde namentlich auch in Württemberg von den unheilvollsten Folgen sein. Der Württ. Lehrerverein erwartet deshalb, daß die württ. Regierung dem Entwurf im Reichsrat ihre Zustimmung nicht gibt.

St. Stuttgart, 7. Sept. Am Freitag den 9. September, vormittags 10 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Wirtschaftsministeriums aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, ein Empfang des Herrn Reichsernährungsministers für die Vertreter der württ. Landwirtschaft, insbesondere der Milchwirtschaft, statt.

St. Stuttgart, 7. Sept. In der Zeit vom 15. bis 17. September finden auf dem Truppenübungsplatz Münsingen die Manöver der 5. Division statt. Am 16. September findet abends ein großer Zapfenstreich statt, wozu die Staatspräsidenten derjenigen Länder, deren Truppen an den Divisionsmanövern teilnehmen, eingeladen worden sind. Am 17. September finden die Manöver ihren Abschluß mit einem Paradezug vor dem General der Infanterie Reinhardt.

St. Stuttgart, 7. Sept. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat dieser Tage den Entwurf eines fünften Nachtrags zum Staatshaushaltsgesetz für 1926 und 1927 festgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird. In dem Entwurf werden beim Außerordentlichen Dienst aus Anleihen 721 875 RM. gefordert, die notwendig sind, um die Beteiligung des Staates an der Württembergischen Landeselektrizitäts-A.G. im seitherigen Verhältnis aufrecht erhalten zu können. Die Gesellschaft nimmt eine Kapitalerhöhung vor, um ihre Leitungsanlage durch eine 100 000-Volt-Hochspannungsleitung Fellbach-Pforzheim mit dem Badenwerk zusammenzuschließen.

St. Freudenstadt, 7. Sept. Die sozialdemokratische Fraktion des württ. Landtags mit den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hildenbrand, Keil, Rossmann und Schläde traf gestern in Begleitung ihrer Frauen auf ihrem Jahresausflug zu eintägigem Aufenthalt hier ein. In gastfreundlicher Weise wurden die Parlamentarier beim Nachmittagskonzert im Kurpark von der Stadt- und Kurverwaltung begrüßt. Heute vormittag ging die Autofahrt nach einem kleinen Waldspaziergang weiter über Griesbach, nach Waldulm, Allerheiligen und Ruhestein. Von dort aus erfolgte die Rückfahrt nach Stuttgart.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

100 holl. Gulden.	168,64
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	81,13

Börsenbericht.

St. Stuttgart, 7. Sept. An der Börse ist die rückläufige Bewegung heute zum erstenmal zum Stillstand gekommen. Die Umsätze haben wieder zugenommen und die letzten Tiefsture sind etwas erholt.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern C. B.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 7. Sept.

Weizen märk. 261-265; Roggen märk. 240-244; Sommergerste 220-265; Wintergerste 206-212; Hafer märk. 190-207; Mais prompt Berlin 196-197; Weizenmehl 34,75-37,25; Roggenmehl 32,25-34; Weizenkleie 15,50 bis 15,75; Roggenkleie 15,50; Raps 295-303; Viktorierbisen 44-50; kl. Speiseerbisen 24-27; Futtererbisen 21-22; Peluschken 21-22; Ackerbohnen 22-23; Bicken 22-24; Rapskuchen 15,80-16,20; Leinkuchen 22,60-23,10; Soyaschrot 20-20,60; Kartoffelflocken 23-23,50; Allgemeine Tendenz: schwächer.

Weilberstädter Marktbericht.

Zufuhr: 392 Milchschweine. Preis: 28-52 A pro Paar. Handel lebhaft. Preise anziehend.

Wenn die Nachbarin staunt



daß Ihnen Ihr Kuchen immer gut gerät, so erzählen Sie ihr, daß Sie nur mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ nach den schönen Oetker-Rezepten backen. Solch guter Rat wird sich belohnen. Zahlreiche neue Anregungen zum Backen bietet Ihnen das neue farbig illustrierte Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F. Sie lesen darin auch Näheres über den vorzüglich. Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. Das Buch ist für 15 Pfg. in allen einschläg. Geschäften erhältlich, wenn vergriffen, gegen Einsendung von Marken von Dr. August Oetker, Bielefeld.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Feststellung der zulässigen Stauhöhe am Wasserwehr des Jakob Weber, Bad Teinach.

Jakob Weber, Tagelöhner in Bad Teinach, hat um die Eintragung eines Wässerungsrechts aus der Teinach für Parzelle Nr. 643 auf Markung Liebelsberg nachgesucht.

Zwecks Feststellung der zulässigen Stauhöhe werden die Beteiligten aufgefordert, ihre Rechte und Interessen innerhalb der Frist von 14 Tagen, vom Tage nach Ausgabe dieses Blattes an gerechnet, beim Oberamt geltend zu machen, wo die Pläne und Beschreibungen der Anlage zur Einsichtnahme für die Beteiligten aufliegen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, nicht mehr erhoben werden.

Calw, den 7. September 1927.

Oberamt: Rippmann.

Betr. Brandgefahren infolge mangelhafter elektrischer Starkstromeinrichtungen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden hiemit auf den im Amtsblatt des Württ. Innenministeriums v. 31. August d. Js. (Seite 175) abgedruckten Erlaß des Verwaltungsrats der Gebäubrandversicherungsanstalt an die Oberämter über Brandgefahren infolge mangelhafter elektrischer Starkstromeinrichtungen hingewiesen und beauftragt, die Bevölkerung in geeigneter Weise zu belehren.

Calw, den 7. September 1927.

Oberamt: Rippmann.

Stadtgemeinde Calw.

Mit den am **Mittwoch** und **Samstag** stattfindenden **Wochenmärkten** wird bis auf weiteres wieder ein

Obstmarkt

abgehalten. Für die Benützung der städtischen Wage wird eine Gebühr von 5 Pfg. für den Zentner erhoben.

Calw, den 7. September 1927.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Omnibusfahrt n. Freudenstadt

am Sonntag, den 11. ds. Mts.

bei genügender Beteiligung
Abfahrt 7 Uhr, Rückkehr gegen 9 Uhr
Vorankmeldungen b. Freitag Abend erbeten
Autozentrale Calw Fernsprecher Nr. 208.

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir haben auf Lager:

Torfmuß	Nitrophoska
Thomasmehl	Rochsalz
Kalifalz	Leinmehl
Rainit	Senfstaar
Schwefelsaures Ammoniak	Spörgel
	Futterkalk

Ausgabe Mittwochs und Samstags.
Die Geschäftsstelle.

Tüchtige

Schleifer- oder Schleiferinnen

für dauernde Arbeit gesucht. Meldung bei Meister S. Schmezt, Calw, Neroberg 7, täglich 7-8 Uhr abends.

Württ. Kamm- und Celluloidwarenfabrik G. m. b. H., Ditzingen.

Jüngerer Eisenendreher

flotter, pünktlicher Arbeiter kann sofort eintreten

Harry à Wengen, G. m. b. H., Lalmühle.



Annahme in Calw
Wilhelm Entenmann
Lederstr. 91.

Fußballverein Calw 1912 e. V.

Die ordentliche

Generalversammlung

findet am **Samstag, den 10. Septemb. 1927** abends 8 Uhr im Saal der „Brauerei Weiß“ hier mit tagungsmäßiger Tagesordnung statt.

1. Jahres- und Kassenbericht und Entlastung.
2. Neuwahl des Vorstands und Ausschusses.
3. Satzungsänderungen.
4. Anträge.

Die aktiven und passiven Mitglieder werden zu recht zahlreicher und pünktlicher Beteiligung eingeladen. Anträge sind rechtzeitig schriftlich beim 1. Vorsitzenden einzureichen.

Der Ausschuß.



Veteranen- und Militärverein
Stammheim bei Calw e. V.



An den beiden **Sonntagen, 11. und 18. September** findet unser diesjähriges

Preisschießen

statt. Geschossen wird auf 175 Meter und 50 Meter, je von morgens 8 bis abends 6 Uhr mit Pause während des Vormittagsgottesdienstes.

Gewehre sind vorhanden. Fremde Gewehre (ohne Dioptr.) sind zugelassen, auf 50 Meter nur Kleinkaliber.

Preisverteilung nach dem Abschießen am 18. September.

Schöne Preise. — Autoverbindung.

Alle Kameraden und Freunde des Schießsports aus Nah und Fern sind herzlich eingeladen.

Der Ausschuß.



Bin unter
Nr. 243
an das Fernsprechnetz Calw angeschlossen.

Wolfgang Krämer, z. Bären, Stammheim

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 10. Sept. 1927** stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirs“ in Oberkollbach freundlichst einzuladen.

Fritz Schaible

Sohn des Friedrich Schaible, Fabrikarbeiter, in Schönbrunn.

Grete Greule

Tochter des Friedrich Greule, Fabrikarbeiter, in Oberkollbach.

Kirchgang 12 Uhr in Altburg.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.



In nächster Zeit beginnt im Saale der **Brauerei Dreiß** ein
Tanzkurs
Hiezu nimmt Anmeldungen entgegen
der Tanzlehrer **J. Proß**
Lederstraße 175.

Sehr günstig kaufen Sie alle Sorten frisch gebrannten

Kaffee

sowie den berühmten

Kaffee-Hag bei
Friedrich Lamparter

Henko

Wasch- und Bleichsoda

mach' hartes Wasser weich



SUNLICHT SEIFE
20000^{er} BÜRGSCHAFT

in allen Ländern der Erde gleich beliebt.

S 153

Ev. Kirchengemeinde Calw.
Heute **Donnerstag, 8. September 1927, 8 Uhr** in der Kirche

Choralandacht

„Ein Gottesdienst der Väter.“
Herzliche Einladung!

Bei dem vorgestrigen Erörterungsabend des Handels- und Gewerbevereins wurde die dem Geschäftsmanne geschöpfte Gemeindeumlage behandelt. Ich bedaure lebhaft, daß dieser Erörterungsabend im Tagblatte nicht als öffentliche Versammlung bezeichnet worden ist; ich wäre gerne erschienen, und mit mir sicher noch viele andere. Jeder Hausbesitzer u. Geschäftsinhaber ist mit Bestürzung die zu Tage getretene Zerrüttung der früher so soliden wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Stadt gewahrt worden, denn er ist sich bewußt, daß er für die begangenen Fehler aufzukommen hat. — Aus der Veröffentlichung des Stadtvorstandes entnimmt man, daß wir Calwer recht froh sein dürfen, daß in den letzten Jahren so viel geleistet worden ist, und der Einbruch seiner gestrigen Ausführungen im H. u. G. V. sei, so wird mir berichtet, der gewesen, daß man noch recht froh sein müsse, wenn die Umlage nicht auf 25 Prozent steige. Ich bin nicht so froh darüber, denn mit dürren Worten ist es eben vorgelesen Brot gemessen, von dem die städtische Verwaltung in den letzten Jahren gelebt hat. Mich interessiert in erster Linie die Frage des für diese Zustände Verantwortlichen! Auf eine knappe Formel gebracht erledigt sich die Controverse durch Beantwortung der Frage: Hat Herr Stadtschultheiß Göhner gewußt von der bevorstehenden Kürzung der Zuschüsse von Reich und Staat, oder hat er nicht darum gewußt? Ja — oder nein! Schöne Worte werden um eine klipp und klare Antwort nicht hinweghelfen, denn die Regierung wird die Antwort auf den flammenden Protest des Gemeinderats nicht schuldig bleiben.

Carl Reichert.

Calw.

Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am **Samstag, den 10. ds. Mts. vorm 9. Uhr vor meiner Kanzlei, Salzgasse 82**, gegen bare Bezahlung:

10 Paar Damenhalschuhe 37—42, 5 Paar Damentiefel, 34—42,

8 Paar Herrentiefel 40—46, 2 Paar Herrenhalbschuhe 44, 7 Paar gefütterte Damentiefel, 7 Paar gefüllt. Herrentiefel 42—45.

Der Verkauf findet statt. **Serichtsvollzieher Döngemach.**

Frisch eingetroffen:

Erdnüsse und neue Kranzfeigen

Gg. Wurster
H. Köhm, Nachfolger.



Suche zum 1. Oktober für Küche u. Hausarbeit tüchtig.

Mädchen

im Alter von ca. 20 Jahren
Chr. Sourdan,
Mehlgerei, Calw.

Ein bis zwei junge Mädchen

für Maschinenbedienung sucht
Robert Geuffer, Metallwarenfabrik, Hirsau.

Ihre Landkundschaft

zum mindesten einen Teil derselben, laufen Sie Gefahr zu verlieren, wenn Sie nicht vor dem Markte dieselbe auf die Vorzüge Ihrer Waren in einer Anzeige im „Calwer Tagblatt“ aufmerksam machen!